

## KURZ NOTIERT

- Das Auditteam der GZD hat eine Übersicht über Urlaubs- und Freistellungsmöglichkeiten im Bundesdienst in MAPZ eingestellt. Die Übersicht soll den Beschäftigten helfen, die beispielsweise nach Lösungen suchen, mit denen sie kurz- oder langfristig auftretende Vereinbarkeitssituationen von Beruf und Familie begegnen können. Sie finden die Übersicht, wenn Sie in der MAPZ-Suche „Übersicht über Urlaubs- und Freistellungsmöglichkeiten“ eingeben.
- Der Dienststellenleiter Markus Tönsgerlemann hat in den letzten Wochen eine Vielzahl an Beförderungs- und Jubiläumssurkunden an Beschäftigte überreicht. Für den Personalrat hat regelmäßig unser Personalratsvorsitzender Florian Preißner an den Terminen teilgenommen und den Beschäftigten im Namen des Gremiums gratuliert.
- Äußerung gem. § 82 BPersVG zu:
  - Geplante Echtbetriebsaufnahme des IT-Verfahrens ProFiS 2.0; Übersendung Schulungskonzept, Unterrichtshandbuch und Schulungshandbuch
  - Einführung der dezentralen E-Rechnung, Schulungskonzept
  - Realisierung des IT-Projekts "WuP-Datenbank"
  - Anpassung der Richtlinien für die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der Zollverwaltung und der Bundesmonopolverwaltung

## Sitzung vom 14.09.2020

- ✓ 2 vorübergehende Umsetzungen behandelt
- ✓ 17 Fortbildungsveranstaltungen behandelt
- ✓ 2 Auswahlentscheidungen auf bundesweite Stellenausschreibungen behandelt
- ✓ 1 Unterstützungsantrag behandelt
- ✓ 8 Beförderungen behandelt
- ✓ 1 Absehen von der Ausschreibung von Dienstposten behandelt
- ✓ Einstellung und Ersteingruppierung von 6 neuen Tarifbeschäftigten behandelt
- ✓ Übernahme von 4 Tarifbeschäftigten in ein Beamtenverhältnis auf Probe behandelt

## Einkommensrunde 2020: Wir sind systemrelevant

Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst würde Deutschland die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie niemals bewältigen können. Diese Leistung muss sich auch in den Entgelten widerspiegeln. Beim Auftakt zur Einkommensrunde am 1. September 2020 in Potsdam hatte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Forderungen der Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die leeren Kassen zurückgewiesen und jedes Zugeständnis verweigert. In Kürze geht es in die zweite Verhandlungsrunde (19./20. September, Potsdam). Aktuelle Informationen rund um die laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen finden Sie auf der Sonderseite des dbb unter [www.dbb.de/politik-positionen/einkommensrunde/einkommensrunde-2020.html](http://www.dbb.de/politik-positionen/einkommensrunde/einkommensrunde-2020.html)

## BDZ vertritt Interessen der Beschäftigten bei Anhörung zum Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz im Deutschen Bundestag

Bei der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am 14. September 2020 vertrat der stellvertretende BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel – zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Bundesministerium der Finanzen - als geladener Sachverständiger die Interessen der betroffenen Zöllnerinnen und Zöllner. Im Wesentlichen forderte Liebel die erforderlichen Planstellen zur aufgabengerechten Verwaltung der KraftSt mit einer Personalausstattung von 2.550 Arbeitskräften. Zudem begrüßt der BDZ den Wegfall der Regelungen nach § 18 Abs. 12 KraftStG, mit dem künftig die aufwändigen Fahrzeugvorführungen zur steuerrechtlichen Behandlung von leichten Nutzfahrzeugen mit bis zu 3,5 Tonnen Gesamtgewicht entfallen. Aufgrund der Tatsache, dass 52 Mio. zugelassene Fahrzeuge der Besteuerung unterliegen, bedarf es insbesondere eines hohen Automatisierungsgrades bei der Verwaltung der KraftSt. Der BDZ wird sich für die Anerkennung eines entsprechenden Erfüllungsaufwands für den Zoll sowie dem ITZBund im politischen Raum einsetzen. Die Stellungnahme des Ständigen Fachausschusses Zölle des BDZ und die Aufzeichnung der Anhörung im Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages finden Sie unter [www.bdz.eu](http://www.bdz.eu)



## Wie ist eigentlich der Sachstand zum Thema Jobticket?

Unsere Versuche ein Jobticket mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zu realisieren, sind bisher gescheitert. Dies liegt primär an der Geschäftsgrundlage des RMV zur Ermittlung von Jobticketpreisen, die deutschlandweit einzigartig ist. Bei anderen Verkehrsverbänden gilt ab dem Erreichen einer im Jobticketvertrag vorgegebenen Mindestabnahmemenge der vergünstigte Jobticketpreis. Nicht so beim RMV, hier lässt sich ein vergünstigter Jobticketpreis in der Realität nur durch eine finanzielle Bezuschussung durch den Arbeitgeber ermöglichen. Der Personalrat wollte dies anfangs nicht tatenlos akzeptieren und hat über den Geschäftsführer der RMV GmbH Dr. André Kawai ein Gespräch mit der zuständigen Abteilung Jobticket geführt. Eine angestrebte Ausnahmeregelung (Mindestabnahmemenge) wurde jedoch abgelehnt. Ein Anschreiben der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte an den hessischen Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir, mit dem Ziel über die hessische Landespolitik auf

BDZ-Mitglieder im Personalrat beim HZA Frankfurt am Main  
Lyoner Stern 3.OG / 3054  
Hahnstraße 68 - 70  
60528 Frankfurt am Main  
Tel: 069 / 257829 -3196  
[personalrat@bdz-fra.de](mailto:personalrat@bdz-fra.de)

Bei Fragen, Anregungen oder Problemen stehen Ihnen die BDZ-Mitglieder im Personalrat gerne für ein Gespräch im Lyoner Stern oder nach Rücksprache auch in Ihrem Arbeitsgebiet zur Verfügung.

### Verfasser im Sinne des Presserechts:

Vorstand des BDZ Ortsverband Frankfurt am Main (Flughafen)



Florian Preißner  
ÖPR-Vorsitzender



Christian-G. Brüchert  
Vorstand



Maria Höcher  
Vorstand



Carsten Friedrich



Alfred Benischke



Söhnke Fey



Carmen Goßmann

den RMV einzuwirken, verlief ebenso erfolglos. Tatsächlich ist der RMV als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein Zusammenschluss von 15 Landkreisen und 11 Städten, dessen Gesellschafter neben dem Land Hessen alle Kreise und kreisfreien Städte innerhalb des Verbundgebietes sind. Auch das Bundesverwaltungsamt versucht seit Jahren erfolglos ein Jobticket für Bundesbeschäftigte im Einzugsgebiet des RMV zu realisieren. Im Februar 2019 hat der damalige Personalratsvorsitzende Christian-Georg Brüchert die Chance genutzt und die Problematik des fehlenden Jobticket-Angebotes gegenüber dem Bundesfinanzminister angesprochen, als dieser im Rahmen eines Pressetermins das HZA Frankfurt am Main besucht. Der Minister zeigte sich offenkundig überrascht, dass in einer Metropolregion wie dem Rhein-Main-Gebiet kein Jobticket-Angebot für Bundesbeschäftigte besteht. Eine weitergehende Thematisierung erfolgte aber nicht.

### Jobticket

Das Jobticket steht für mobile Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Work-Life Balance, der Grundpreis liegt durch Bezuschussung deutlich unter dem Schalterpreis, es ist rund um die Uhr nutzbar, auch privat. Kostenloses Mitfahren eines Erwachsenen und beliebig vieler Kinder an Werktagen ab 19 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen machen es als Benefit äußerst interessant und es erhöht damit die Attraktivität des Arbeitgebers.

Die einzige Möglichkeit, ein preislich attraktives Jobticket für Bundesbeschäftigte im Einzugsgebiet des RMV zu realisieren, ist letztendlich eine finanzielle Bezuschussung durch den Bund. In der freien Wirtschaft ist dieses Modell gängige Praxis und wird insbesondere bei den mittelgroßen und großen Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet (Banken, Versicherungen, Luftfahrtunternehmen, FRAPORT AG, ectpp.) mit hohen Bezuschussungsquoten durch die jeweiligen Arbeitgeber und dementsprechend niedrigen Jobticketpreisen für die Belegschaft aktiv gelebt. Zusätzlich wird das Jobticket in der internen und externen Kommunikationsstrategie dieser Unternehmen als nachhaltiges Benefit beworben. Inzwischen liegen dem Personalrat Informationen dazu vor, dass der Vorstand der Deutschen Bundesbank für alle dort beschäftigten Bundesbeamten und Tarifbeschäftigten bereits im Mai 2019 ein kostenfreies Jobticket-Angebot mit dem RMV für den öffentlichen Personennahverkehr abgeschlossen hat. Wie wir aktuell erfahren haben, wurde das Angebot noch einmal deutlich erweitert, um noch mehr Beschäftigte dabei zu unterstützen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns diesbezüglich bereits an das 20. Gremium des Hauptpersonalrates gewandt. **Die BDZ-Fraktion will das Thema auf der nächsten Personalratssitzung erneut einbringen und den Antrag stellen, den zwischenzeitlich neu gewählten Hauptpersonalrat mit der Bitte um Unterstützung und der Aufnahme von Verhandlungen mit der Leitungsebene des BMF hinsichtlich der Realisierung eines Jobticketangebotes, anschreiben.**



Dialog im Interesse der Beschäftigten: Am 15. September erfolgte im Anschluss an die Sitzung des Hauptpersonalrates in der GZD DS Potsdam ein Austausch zwischen unserem Personalratsvorsitzenden Florian Preißner und dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Thomas Liebel zu aktuellen Herausforderungen für den Zoll und für die Beschäftigten an der Basis.

Aktuell steht für Bundesbeschäftigte im Rhein-Main-Gebiet nur ein Jobticketangebot der Deutschen Bahn zur Verfügung: Hier der Link: <https://www.badv.bund.de/DE/ZentraleAufgaben/JobTicket/DeutscheBahnAG/start.html>



Mehr als nur ein Einsatzmittel.



**Mehr als nur eine Gewerkschaft. Beides tierisch gut.**  
 Werde Mitglied im BDZ und profitiere von umfangreichen Leistungen, Rabatten und unserem Aktionsgewinnspiel für Neumitglieder. Mehr Infos unter [www.bdz-fra.de](http://www.bdz-fra.de)

